

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1894

15.1.1894 (No. 14)

Karlsruher Zeitung.

Montag, 15. Januar.

№ 14.

1894.

Expedition: Karls-Friedrichs-Str. Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einkrungsgebühr: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 15. Januar.

Im englischen Unterhause ist kurz vor der Vertagung noch die Frage der allgemeinen Abrüstung zur Sprache gekommen. Am Donnerstag benützte der Liberale Byles die Gelegenheit, welche die geplante Verstärkung der englischen Flotte gab, zu einer Anfrage an das Ministerium, ob es nicht möglich sei, sich mit den übrigen europäischen Regierungen zu allgemeiner Abrüstung in's Vernehmen zu setzen. Dadurch würden neue Ausgaben für Flotte und Heer unnötig werden. Gladstone erwiderte, der Gedanke sei nicht so neu, wie Byles annehme. Als Lord Clarendon Minister des Aeußeren war, habe dieser kurz vor seinem Tode einen Versuch nach der Richtung gemacht. Die damaligen Verhandlungen seien nicht streng amtlich gewesen und hätten deshalb nicht streng aktengemäß dem Parlament vorgelegt werden können. Leider waren die Antworten, die Lord Clarendon erhielt, nicht sehr ermutigend und er konnte die Sache deshalb nicht weiter verfolgen. Gladstone schloß seine Erwiderung mit der Bemerkung, daß es höchst zweifelhaft sei, ob der gegenwärtige Augenblick günstig wäre, in der angebotenen Weise Vorstellungen zu machen. Den Zeitpunkt, zu welchem Lord Clarendon seinen Abrüstungsvorschlag gemacht hat, gab Gladstone nicht an. „Daily Chronicle“ meint, daß nur die Zeit von 1865 bis 1866 oder 1868 bis 1870 gemeint sein könne. Lord Clarendon starb am 27. Juni 1870. Daß er mit seinem Friedensprogramm in dem Zeitraum von 1868 bis 1870 hervorgetreten wäre, sei höchst unwahrscheinlich. Damals sah es nach der Ansicht der englischen Staatsmänner ungewöhnlich friedlich in Europa aus und zehn Tage vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges that Lord Granville die berühmte Aeußerung, daß der europäische Friede noch niemals so wenig gefährdet sei. Es bleibe also nur die Periode von 1865 bis 1866 übrig. In dieser Zeit habe England in der That den drohenden Krieg zwischen Oesterreich und Preußen zu verhindern gesucht und ein Abrüstungsvorschlag möge damals gemacht worden sein. Die „Königliche Zeitung“ ist nicht der Meinung wie „Daily Chronicle“, es sei „höchst unwahrscheinlich“, daß Clarendon's Vorschlag in die Zeit von 1868 bis 1870 falle; sie ist im Gegenteil gerade der Ansicht, daß Gladstone den Anfang des Jahres 1870 gemeint habe. Selbstverständlich hat diese Frage ein rein historisches Interesse und ist ohne jeden Einfluß auf die politische Bedeutung der Erklärung Gladstone's. Der greise englische Premier kann, obgleich ihm persönlich der Abrüstungsgedanke sehr sympathisch ist, sich nicht verhehlen, daß der gegenwärtige Augenblick für einen Abrüstungsvorschlag bei den Mächten schlecht gewählt sein würde. Damit ist der Abrüstungsgedanke wieder einmal von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Deutschland.

* Berlin, 14. Jan. Seine Majestät der Kaiser unternahm gestern Vormittag zunächst eine längere Promenade durch den Thiergarten, hörte, in das königliche Schloß zurückgekehrt, den Vortrag des Chefs des Generalstabs, Grafen v. Schlieffen, und arbeitete sodann mit dem Generaladjutanten v. Sahnke. Von 1 Uhr ab nahm der Kaiser eine Reihe militärischer Meldungen entgegen. Zur Frühstückstafel waren der Generalintendant Graf v. Hochberg, der Fürst zu Salm-Horstmar und der Generalleutnant v. Rimboquist mit einer Einladung beehrt worden.

In der gestrigen Plenarsitzung des Reichstags sprach nach dem Abg. Bödel, dessen Ausführungen noch in dem telegraphischen Bericht erwähnt werden konnten, der Staatssekretär, Graf Posadowsky. Der Staatssekretär des Reichsschatzamt's sprach über die Tabaksteuerfrage zurück. Er sagte, vor der Agitation des Abg. Bödel sei der Regierung nicht bange, denn diese Agitation bewege sich auf einem toten Geleise. Von keiner Seite sei bewiesen worden, daß der Tabakkonsum so weit zurückgehen werde, daß man dies nicht ertragen könne. Der Bremische Bundeskommissar habe die Kontrollbestimmungen nicht für belästigend gehalten. An Orten, wo die Tabakfabrikanten jetzt eine Ueberproduktion herbeiführen, um bei Erlaß des Gesetzes gerüstet zu sein, so daß sie später Arbeiter entlassen müssen, würden die Behörden die Erlaubniß zu Ueberstunden nicht erteilen. Bezüglich der Vorschläge zur Deckung der Militärvorlage bemerkte Graf Posadowsky, die Luxussteuern brächten zu geringe Erträge, die Wehrsteuer widerspreche der allgemeinen Wehrpflicht und die Erhöhung der Börsensteuer habe auch ihre Grenzen. Wird die Vorlage abgelehnt, so müßte in einzelnen

Bundesstaaten die Einkommensteuer um 75 Prozent erhöht werden, in Preußen um 32 Prozent. Das sollte man im Lande bedenken. Besser sei es, daß der Raucher einige Pfennige mehr zahlt, als daß die Gesamtheit der Steuerzahler überbürdet wird. Abg. Köfke (fraktionslos) sprach gegen die Vorlage und bekämpfte ferner die vom Abg. v. Hammerstein vorgeschlagene Biersteuer. Er erklärte es für kein großes Unglück, wenn in diesem Jahre noch kein Deckungsmittel aus den indirekten Steuern für die Militärforderungen gefunden würde. Durch eine schärfere Heranziehung der Einkommen über 30 000 Mark würden in Preußen allein über 30 Millionen herauskommen. Morgen wird die Beratung der Tabaksteuervorlage fortgesetzt und wohl zu Ende geführt werden. Am Dienstag muß die Sitzung mit Rücksicht auf die Eröffnung des preussischen Landtags ausfallen und am Mittwoch dürfte der Centrumsantrag wegen des Hausirhandels und der Kolportage zu Beratung kommen.

Die Kommission des Reichstags für die Stempelsteuer vorlage beschloß gestern, von einer Generaldebatte abzusehen, aber zwei Redungen des Gesetzentwurfs vorzunehmen. Sie nahm einen Steuerfuß von 1 Proz. für inländische Aktien, Anteilsscheine u. s. w. an und beschloß in der Tarifpost 1b. auf Antrag des Abg. Singer einen Zusatz, nach dem ausländische Aktien, welche im Inlande begeben werden, dem Steuerfuß von 1 1/2 Proz. unterliegen. Am Montag setzt die Kommission ihre Beratungen fort.

In der gestrigen Sitzung des Deutschen Handelsstages berichtete Ahlers-Hamburg über die geplante staatliche Ueberwachung des Schiffbaues bei den deutschen Seeschiffen. Er gedachte mit Dankesworten des wirksamen Schutzes, welcher in Rio de Janeiro dem deutschen Handel durch die deutsche Kriegsmarine gewährt worden ist. Es wurde eine Resolution angenommen, worin die Hoffnung ausgesprochen wird, daß die Regierung den Weg, den Schiffbau unter Staatsaufsicht zu stellen, nicht beschreiten werde; ferner wurde debattelos eine weitere Resolution angenommen, welche besagt, die Handels- und Gewerbetakern könnten nur dann der ihnen obliegenden Vertretung der Interessen des Handels und des Gewerbes völlig gerecht werden, wenn sie von den Regierungen bei den Gesetzentwürfen rechtzeitig zur gutachtlichen Aeußerung herangezogen würden. Hierauf wurde der Handelsstag geschlossen.

Stuttgart, 14. Jan. Der „Staatsanzeiger“ theilt mit, daß außer den bereits gemeldeten Abmachungen über die Kommandirung von Offizieren nach Württemberg und Preußen weitere Abmachungen nicht stattgefunden haben und daß insbesondere wesentlich ausgebeutete Kommandirungen württembergischer Offiziere nach Preußen und umgekehrt als bisher nicht in Aussicht genommen sind.

Oesterreich-Ungarn.

O. M. Wien, 13. Jan. Die in der Presse mehrfach erörterte Reise des ungarischen Ministerpräsidenten Bekerle und des ungarischen Kultus- und Unterrichtsministers Grafen Csáky nach Wien hatte lediglich die nach dem Jahreswechsel übliche Aufwartung bei Hofe und bei den Erzherzogen zum Zweck. Für irgend welche von diesen Persönlichkeiten in Wien zu führende Unterhandlungen — sei es nun in der Frage der Valutaregulierung oder in Bezug auf andere Angelegenheiten — liegt gegenwärtig keinerlei Notwendigkeit vor, und die Nachricht, daß die genannten Minister durch die mit der Kirchenpolitik der Regierung zusammenhängenden Fragen zu der Wiener Reise veranlaßt worden seien, ist in nichts begründet. Es kann hinzugefügt werden, daß die Reise auch mit der Ernennung weiterer neuer Mitglieder für das ungarische Magnatenhaus nichts zu schaffen hat. Nach dem letzten Beschlusse des Pesther Kabinet's sollen diese Ernennungen nicht, wie beabsichtigt war, im Laufe des Januar, sondern erst im Frühjahr erfolgen. Im übrigen befaßte man sich in Ungarn seit acht Tagen weit weniger mit politischen Angelegenheiten, als mit dem fünfzigjährigen Schriftstellerjubiläum Jokai's. Die begeisterten Huldigungen, welche die Ungarn ihrem großen Schriftsteller darbrachten, gestalteten sich imposant, sie bewiesen eine intensive nationale Solidarität und ein hoch entwickeltes kulturelles Interesse. Bei derartigen nationalen Kundgebungen tritt die kräftige Gesinnung der ungarischen Gesellschaft, ihr Selbstbewußtsein und ihre Harmonie in leuchtender Weise zu Tage.

Wien, 14. Jan. Heute ist das Gerücht von dem angeblich bevorstehenden Rücktritt des deutschen Botschafters Prinzen Reuß weit verbreitet. Das Wiener „Tagblatt“ veröffentlicht einen Artikel, der das Gerücht zur Grundvorlage nimmt und die Verdienste des Botschafters würdigt. (Man erinnert sich, daß in der letzten Zeit wiederholt

von einzelnen Blättern der Rücktritt des Grafen Reuß angekündigt worden ist. Ob man es bei dem heute auftretenden Gerücht nur mit einem Nachhall jener früheren Meldungen zu thun hat, oder ob jetzt Thatsachen vorliegen, auf denen die Behauptung von dem bevorstehenden Rücktritt des Botschafters beruht, darüber bleibt noch weitere Aufklärung abzuwarten.)

Italien.

Rom, 14. Jan. Auf Sicilien wird jetzt die friedliche Entwaffnung der Bevölkerung versucht. Ein gestern veröffentlichter Erlaß untersagt die Einfuhr aller Feuerwaffen nach Sicilien. Gleichzeitig fordert er die Einwohner auf, alle Waffen bei der Polizeibehörde zu hinterlegen. Die bisher ausgegebenen Waffenscheine werden für ungültig erklärt, doch können dieselben gegebenenfalls unter Berücksichtigung der betreffenden Persönlichkeiten unter Verhältnissen erneuert werden. Uebertretungen des Waffenverbots werden mit Gefängniß von sechs Monaten bis zu zwei Jahren bestraft. Denjenigen Leuten, die Waffen bei der Polizeibehörde hinterlegen, sollen diese seinerzeit kostenlos zurückgestellt werden.

Frankreich.

Paris, 14. Jan. Der frühere französische Botschafter am englischen Hofe, Waddington, ist am Freitag Abend gestorben. Er war von englischen Eltern in Paris geboren und seine englische Abkunft in Verbindung mit seiner französischen Erziehung ließen ihn als Vermittler zwischen den beiden großen westeuropäischen Nationen besonders geeignet erscheinen, so daß er, nachdem er 1877 Minister des Auswärtigen und zwei Jahre später Ministerpräsident gewesen war, bei der Erledigung des Londoner Botschafterpostens 1883 zum französischen Vertreter in der englischen Hauptstadt ernannt wurde. In der letzten Zeit verleibete ihm jedoch Angriffe der Pariser Presse auf seine Thätigkeit diesen Posten und er trat in das Privatleben zurück.

Großbritannien.

London, 14. Jan. Aus Sierra Leone meldet das Reutersche Bureau: „Eine Abtheilung der Grenzpolizei, unterstützt von einheimischen Hilfstruppen, besiegte unter Inspektor Taylor's Führung am 28. Dezember in Sagan (im Distrikt Tonkia) 4000 Sofas; 250 Sofas wurden getödtet, 150 gefangen genommen.“ Die Expedition gegen die Sofas ist bekanntlich durch den französisch-englischen Zusammenstoß zu einer traurigen Berühmtheit gelangt.

Dänemark.

Kopenhagen, 14. Jan. Eine amtliche Mittheilung meldet die Ernennung des Departementsdirektors Hoerring zum Minister des Innern und des bisherigen Ministers des Innern, Jørgensen, zum Minister für das neuerrichtete Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Im Folkething brachte der Finanzminister eine Vorlage ein, durch welche die Brantweinsteuer auf 70 Dore für den Liter reinen Alkohols erhöht wird, so lange die Biersteuer 7 Kronen beträgt, und auf eine Krone, wenn die Biersteuer auf 10 Kronen erhöht wird. Die Vorlage beantragt ferner eine Einfuhrsteuer von 1 1/2 Dore für das Pfund Mais zu Brennwecken und von 1 1/2 Dore für das Pfund vermalten Getreides, wobei jedoch Kleie ausgeschlossen ist.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 15. Januar.

Ueber den Umfang des Weihnachts- und Neujahrsvorverkehrs bei den Postämtern der Stadt Karlsruhe geben uns folgende Mittheilungen zu: Es sind in der Zeit vom 16. bis einschl. 24. Dezember an Bedarfsendungen eingeliefert worden 20 078 Stück und in der Zeit vom 19. bis einschl. 25. Dezember zur Bestellung eingegangen 20 447 Stück; außerdem sind in der Zeit vom 19. bis einschl. 25. Dezember zur Umladung und Weiterendung hier eingetroffen 37 869 Stück. Im ganzen sind täglich behandelt worden 10 561 Pakete. Zur Bewältigung des Bäderverkehrs sind 38 Beamte und 97 Unterbeamte thätig gewesen gegen 24 Beamte und 36 Unterbeamte unter gewöhnlichen Verhältnissen.

Im Neujahrsvorverkehr sind bei den hiesigen Postämtern in der Zeit vom 27. Dezember Mittags bis 31. Dezember Abends an Freimarken und Postkarten im ganzen 349 486 Stück verkauft worden, darunter 162 439 Freimarken zu 3 Pf., 57 289 zu 5 Pf., 70 345 zu 10 Pf. und 24 873 Postkarten. Auf die Zeit vom 30. Dezember Mittags bis 31. Dezember Abends entfallen von der oben angegebenen Gesamtzahl 166 979 Stück, gegen 1892 mehr 9 064 Stück. Diese letzteren Zahlen beweisen, daß die wiederholt an das Publikum erlassenen Aufforderungen, den Ankauf der Postwertzeichen nicht bis zur äußersten Frist zu verschieben, immer noch nicht genügende Beachtung gefunden haben. An Briefsendungen sind in der Zeit vom 31. Dezember Mittags bis 2. Januar Mittags zur Bestellung durch die Briefträger (also ohne die zur Abholung bereit gestellten) überhaupt

eingegangen 259 900 Stück, darunter 53 400 Stadtbriefsendungen. Das mit der Bearbeitung der Briefpostsendungen betraute Personal ist für die Zeit vom 30. bis 31. Dezember bis zur Abwicklung des Jahresbriefverkehrs von 27 Beamten und 74 Unterbeamten auf zusammen 220 Köpfe vergrößert worden. Durch diese umfangreichen Einrichtungen ist es gelungen, die Befüllung der eingegangenen Jahresbriefsendungen in diesem Jahre bereits am 3. Januar vollständig zu Ende zu bringen.

± Petitionen an den Reichstag.) Aus dem uns vom Reichstagsbureau zugesandten vierten Petitionsverzeichnis führen wir nachstehend die aus dem Großherzogthum Baden eingegangenen an. Joh. Ritter, Schmiedemeister zu Schwetzingen, und Genossen bitten, den Eingangszoll auf russischen Hopfen mit dem für deutschen Hopfen bei der Einfuhr nach Russland zu zahlenden Zoll gleichzustellen. Die Handelskammer für den Kreis Heidelberg nebst der Stadt Eberbach zu Heidelberg bittet, den Handelsverträgen mit Rumänien, Serbien, Spanien u. die Genehmigung zu ertheilen und die eingeschlagene Handelspolitik der Reichsregierung zu unterstützen. Der Vorstand des deutschen Verlegervereins zu Karlsruhe (Baden), ersucht um Ablehnung des Antrages Gröber und Genossen, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, eventuell um Abänderung dieses Antrages bezüglich des Buchhandels. Der Vorstand des Gewerbevereins zu Eberbach, der Vorstand des Lese- und Gewerbevereins zu Schopfheim, der Verwaltungsrath des Gewerbevereins zu St. Georgen, der Gewerbevereinsvorstand zu Leblingen, der Bürger- und Gewerbeverein zu Emmendingen, die Gewerbevereine zu Aelsheim, Eitenheim, Konstanz, der Vorstand des freiwirtschaftlichen Vereins zu Mannheim, des Gewerbevereins zu Webr., Chr. Alweiler zu Singen und Genossen, der Kaufmännische Verein zu Heidelberg bitten, die Bekreuer der Duitungen und Frachtbriefe abzulehnen. Der Gewerbe- und Leseverein zu Altbreisach erklärt sich gegen die Bekreuer der Duitungen und Frachtbriefe, dagegen für Einführung einer Handholzfleuer. Die Karlsruher Handelskammer bittet, die Bekreuer von Duitungen, Checks und Frachtbriefen abzulehnen. Ferner schlägt dieselbe Handelskammer sich der Petition der Aeltesten der Kaufmannschaft in Betreff der Hörsensteuer an. Gegen den Tabaksteuererhebungswurf werden Josef Bauer, Aufseher in Mannheim, und

Genossen und die Karlsruher Handelskammer, sowie der Mannheimer Tabakverein vorklagend, gegen den Bekreuerwurf der Landwirtschaftlichen Bezirksverein zu Oberkirch, die Handelskammer Karlsruhe und der Verein Mannheimer Wirthe. Bürgermeister Justus Endlich zu Weimen und Genossen erklären sich gegen jede Bekreuer der Naturweins, bitten aber um eine Bekreuer des Kunstweins. Oberbürgermeister Gömmer zu Baden-Baden und Genossen petitioniren in Betreff der Abänderung des Gesetzentwurfs über den Schutz der Baarenbezeichnungen (Schutz der Dekantationsbezeichnungen der natürlichen Mineralquellen).

v Heidelberg, 11. Jan. (Vortrag. — Stadttheater. Im Kaufmännischen Verein hat Herr Käthe einen Vortrag über Gedächtnisflucht gehalten. — Im Stadttheater hat die erste der hier üblichen Benefizvorstellungen, und zwar zu Gunsten des außerordentlich beliebten Komikers Dubs stattgefunden. Der Benefizant wurde mit Ehrengeleiten überhäuft.

Neueste Telegramme.

St. Gallen, 15. Jan. Vor dem Museumsgebäude, in welchem ein Offiziersmaskenball stattfand, rottete sich am Samstag Nacht eine Menge von mehreren hundert Personen an, weil einer württembergischen Militärmusik statt einer einheimischen Kapelle die Ballmusik übertragen worden war. Die Fensterheben des Gebäudes wurden eingeworfen. Einige Verhaftungen fanden statt.

Rom, 15. Jan. Der „Esercito“ erklärt auf's nachdrücklichste die Meldung von der Einberufung weiterer Altersklassen für falsch.

Rom, 15. Jan. Der „Agenzia Stefani“ wird aus Massa gemeldet, daß bewaffnete Hände die Landstrasse zwischen Massa und Carrara durchzogen. Es kam zu einem Zusammenstoß, bei dem ein Gendarm getödtet und zwei verwundet wurden. Der Telegraphenverkehr in dortiger Gegend ist theilweise unterbrochen. Man erwartet Truppen. (Nach einer anderen Meldung geschah

die Unterbrechung des Straßenverkehrs zwischen Massa und Carrara gelegentlich der Einberufung der Militärpflichtigen.)

Paris, 15. Jan. Aus Buenos Aires wird gemeldet: In Rosario wurden 20 Anarchisten verhaftet, welche ein Dynamitententat auf das Theater Olympo vorhatten.

Großherzogliches Hoftheater.

Montag, 15. Jan. Erste Sondervorstellung zu ermäßigten Preisen: „Gar und Zimmermann“, komische Oper in 3 Aufzügen. Musik von Albert Forsting. Anfang 7 Uhr.

Donnerstag, 18. Jan. 12. Ab.-Vorh. Zum erstenmal: „Oberst von Brant“, Lustspiel in 4 Akten von Rudolf Straß. Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, 19. Jan. 13. Ab.-Vorh.: „Unter vier Augen“, Lustspiel in 1 Akt von Ludwig Fulda. — „Der Bajazzo“, Drama in 2 Akten und einem Prolog. Dichtung und Musik von Leoncavallo. Deutsch von E. Hartmann. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonntag, 21. Jan. 15. Ab.-Vorh.: „Lohengrin“ in 3 Aufzügen von Richard Wagner. Anfang 7 1/2 Uhr.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Januar	Barom.	Therm.	Relative Feuchtigk.	Wind.	Witterung.
12. Nachts 9 ^U .	760.6	0.0	4.3	94	St. bedekt
13. Morgs. 7 ^U .	753.7	+ 0.8	4.6	94	St. bedekt
13. Mittags 2 ^U .	759.1	+ 4.5	9.2	92	St. bedekt

1) Regen. 2) Glätte.
Höchste Temperatur am 12. Januar 0.0; niedrigste heute Nacht 0.0.
Niederschlagsmenge der letzten 24 Stunden 5.9 mm.
Lufttemperatur am 13. Januar, 7 Uhr 28 Min. Früh: -1.3°. Schneehöhe 10 cm.
Wasserstand des Rheins. Mainz, 13. Jan., 2.63 m, gefallen 5 cm.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Garber in Karlsruhe.

Staatspapier.	Portugal 3 Ausl. Anl.	20 10	Brasilian. Anl.	100 50
Baden 4 Obligat.	102.60	67	Def. Ludwigs-Bahn	108.50
4 Obl. v. 1888	104.50	67	4 1/2 Pfälz. Mag-Bahn	142.40
4 Obl. v. 1892	105.80	63.20	4 Pfälz. Nordbahn	111.50
3 1/2 v. 1892	100.40	67	4 Göttinger-Bahn	151.10
Deutsche Reichsanl.	107.10	67	4 Schweizer Centr.	115.90
3 1/2	100.50	67	4 Böhm. Westbahn	136.50
3	86	67	4 Def. Lohalbahn	195.40
Preußen 4 Conso's	107.80	67	4 Def. Südbahn (Hamb.)	90.70
3 1/2	100.70	67	4 Def. Nordwest	209.50
3	86	67	4 Eisenbahn-Obligationen	101.70
Wien 4 Obl.	105.10	67	4 Elisabeth Feuerf.	101.70
4 Obl. v. 75/80	105.10	67	4 Pfälz. Sup. u. 1898	102.70
Oesterreich 4 Goldrente	97.70	67	4 Br. S. u. VII-LX	101.50
4 1/2 Silber	85.20	67	4 Br. S. u. VII-LX	101.50
4 1/2 Papirrent.	95.70	67	4 Br. S. u. VII-LX	101.50
Magyar 4 Goldrente	77.20	67	4 Br. S. u. VII-LX	101.50
4 1/2 Rente	94.90	67	4 Br. S. u. VII-LX	101.50
Rumänien 5 Am.-R.	94.90	67	4 Br. S. u. VII-LX	101.50
Russland 6 Solbanl.	68.80	67	4 Br. S. u. VII-LX	101.50
III Orientanl.	68.80	67	4 Br. S. u. VII-LX	101.50

Frankfurter Börse vom 13. Januar 1894.	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
100 100	100 100	100 100	100 100	100 100
100 100	100 100	100 100	100 100	100 100
100 100	100 100	100 100	100 100	100 100
100 100	100 100	100 100	100 100	100 100

Die Portland-Cement-Fabrik

Dyckerhoff & Söhne

in Amöneburg bei Biebrich am Rhein und in Mannheim

empfehlen ihr seit 30 Jahren bewährtes Fabrikat

unter Garantie für höchste Festigkeit und unbedingte Gleichmäßigkeit und Zuverlässigkeit

Versandt jährlich 600000 Fass.

Niederlagen an allen bedeutenderen Plätzen.

Stipendien-Vergebung.

860. Nr. 16. Karlsruhe. Aus der Regine Nathan Lewis Stipendienstiftung für unbemittelte, gut leumündete badiische jüdische Studierende sind im März d. J. 2 Stipendien von je 130 M. zu vergeben. Die Bewerber haben ihre Gesuche unter Vorlage ihrer Studienzeugnisse, sowie eines Arztes- und Leumundzeugnisses bis längstens 10. Februar d. J. hierher einzureichen. Karlsruhe, den 11. Januar 1894. Synagogenrath. A. Seeligmann.

Bürgerliche Rechtspflege.

864.1. Nr. 358. Konstanz. Die Frau Marie Widmer Witwe „zur Hofe“ in Schaffhausen, vertreten durch Rechtsanwalt Winterer in Konstanz, klagt gegen die an unbekanntem Orten abwesende Anna v. D. v. Wülfingen, jetzt verheiratete Heigel, als gesetzliche Erbin des Landwirts Heinrich Weiß I. und dessen Ehefrau, Anna, geb. Günter von Wülfingen, aus Darlehen und nützlicher Geschäftsführung, mit dem Antrag auf Verurteilung der Beklagten zur Zahlung von 500 Mark nebst 4 % Zinsen vom 1. Juni 1888, sowie weiterer 28 Mark, nebst 5 % Verzugszinsen vom Klagestellungstag und von 10 Mark 40 Pf. Kosten der amtsgerichtlichen, einstweiligen Verfügung unter Verfallung in die Kosten des Rechtsstreits durch vorläufig vollstreckbar zu erklärendes Urtheil und ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die I. Civilkammer des Groß. Landgerichts Konstanz auf den 6. März 1894, Vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen. Zum Zwecke der vom Prozeßgericht bewilligten öffentlichen Zuzahlung wird dieser Auszug der Klage mit dem Ansuchen bekannt gemacht, daß die Ein-

lassungsfrist für die Beklagte auf zwei Wochen festgesetzt worden ist. Konstanz, den 12. Januar 1894. Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts: K. H. H. Vermögensabsonderungen. 858. Nr. 402. Karlsruhe. Die Ehefrau des Wirts Heinrich Heibel, Regina, geb. Gläb in Karlsruhe, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Schöpf, klagt gegen ihren genannten Ehemann mit dem Antrage, sie für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzufordern. Termin zur Verhandlung des Rechtsstreits vor Groß. Landgericht hiesiger, Civilkammer I, ist bestimmt auf Dienstag den 6. März 1894, Vormittags 9 Uhr. Dies wird hiermit zur Kenntnissnahme der Gläubiger bekannt gemacht. Karlsruhe, den 11. Januar 1894. Der Gerichtsschreiber des Groß. Landgerichts: Dr. Mader.

863. Nr. 192. Konstanz. Die Ehefrau des Johann Reiß, Maria, geb. Fuchs von Buggenfeld, wurde durch Urtheil Gr. Landgerichts Konstanz - Civilkammer II - vom 20. August für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzufordern. Konstanz, den 4. Januar 1894. Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts: Rothweiler. Erbscheinverfügungen. 820.2. Nr. 301. Achern. Die Witwe des Landwirts u. Ratsschreibers Franz Haber Fischer, Crescentia, geb. Braun von Fuchsbach, hat um Einsetzung in Besitz und Gewahr des ehemanntlichen Nachlasses gebeten. Diesem Gesuche wird stattgegeben, wenn nicht innerhalb 4 Wochen Einsprache dagegen erhoben wird. Achern, den 8. Januar 1894. Groß. bad. Amtsgericht. Dies veröffentlicht (gez.) Dr. Groch. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Dirler.

851.1. Nr. 799. Schwetzingen. Landwirth Julius Jakob Herrmann Witwe, Christine, geborne Lug in Al-

des allgemeinen Bankrechts für die preuss. Staaten, monach das beiderseitige Vermögen im Eigentum getrennt ist. Dem Chemiker Otto Kitzinger hier ist Procura ertheilt.

4. Band III, D. 3. 381. Firma F. Weil in Kaiserslautern, Zwangsniederklassung, in Vorabem. Inhaberin ist die von ihrem Ehemann zum Handelsbetriebe ermächtigte Ehefrau des Kaufmanns Philipp Goldstein, Penelope, geborene Brandeburg, wohnhaft in Kaiserslautern. Nach deren Ehevertr. mit Philipp Goldstein vom 9. Juli 1893 - zu Frankfurt a. M. errichtet - besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem in Frankfurt a. M. geltenden Recht.

5. Band I, D. 3. 741. Firma Carl Ray hier. Nach dem Ehevertrag des Inhabers Carl Ray in zweiter Ehe mit Marika, geb. Kaufmann, vom 16. November 1893 warfen die Ehegatten in die Gütergemeinschaft nur den Betrag von je 100 M. ein und schlossen ihr übriges, gegenwärtiges und zukünftiges Vermögensverbringen jeder Art als im Stück verlegenschaft mit den darauf ruhenden Schulden von der Gemeinschaft aus.

6. Band III, D. 3. 284. Firma Ernst Bier hier. Die Firma ist erloschen.

7. Band II, D. 3. 896. Firma Gebirder Müller in Dill-Weidenheim. Der Gesellschaftsleiter Christoph Müller ist unter dem 10. Dezember 1893 aus der Gesellschaft ausgeschieden.

8. Band II, D. 3. 698. Firma Brenner u. Schmidt hier. Nach dem Ehevertrage des offenen Gesellschafters Oscar Schmidt hier in zweiter Ehe mit Verba, geb. Bausch, vom 1. Dezember 1893 wählten die Ehegatten die Gütergemeinschaft nach R. S. 1500 ff., gemäß welcher jeder Theil den Betrag von 50 M. zur Gütergemeinschaft einbrachte, während alles übrige, gegenwärtige und künftige fahrende Vermögen nebst dem etwa hierauf haftenden Schulden von der Gemeinschaft ausgeschlossen und für vorbehalten erklärt ist.

9. Band II, D. 3. 817. Firma Adolf Eisenmenger hier. Der bisherige Procurist, Kaufmann Carl Eisenmenger hier, ist unter dem 23. Dezember 1893 als offener und vertretungsberechtigter Gesellschafter in die Firma Adolf Eisenmenger hier eingetreten. Nach dessen Ehevertrag mit Margaretha, geborene Raiff, vom 11. September 1893 wählten die Ehegatten die Gütergemeinschaft nach R. S. 1500 u. ff., gemäß welcher jeder Theil den Betrag von 200 Mark zur Gütergemeinschaft einbrachte, während alles übrige, gegenwärtige und

künftige fahrende Vermögen nebst dem etwa hierauf haftenden Schulden von der Gemeinschaft ausgeschlossen und für vorbehalten erklärt ist. 11. Unter D. 3. 166 des Firmenregisters wurde eingetragen die Firma: „Brauerer Karcker, Emmendingen.“ Inhaber der Firma ist Albert Cohen, ledig, bisher Brauermeister in Augsburg. Emmendingen, 9. Januar 1894. Groß. bad. Amtsgericht. Burger.

862. Karlsruhe. Die Johann Adam Kurz Eheleute in Mannheim haben um die Erlaubnis nachgefragt, den Familiennamen der am 2. Oktober 1886 geborenen Anna Emilie Reinfrank in „Kurz“ umändern zu dürfen. Etwaige Einsprachen gegen die Bewilligung dieses Wunsches sind innerhalb drei Wochen daher einzureichen. Karlsruhe, den 5. Januar 1894. Groß. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts. In Vertretung: v. Neubronn. Dr. Dieg.

878.3. Karlsruhe. Groß. bad. Staats-Eisenbahnen.

Elektrische Beleuchtungsanlage für die Bahnhöfe Dös, Baden und Kallatt. Die Ausführung einer Wechselstrom-Anlage zur elektrischen Beleuchtung der Bahnhöfe Dös, Baden und Kallatt soll vergeben werden. Die maßgebenden Bedingnisse und Zeichnungen können von unserem Centralbureau gegen Einzahlung von 4 M. erhoben werden. Schriftliche, mit der Aufschrift „Elektrische Beleuchtung der Bahnhöfe Dös, Baden und Kallatt“ versehenen Angebote sind spätestens bis zum 15. Februar 1894 portofrei bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Karlsruhe, den 2. Januar 1894. Generaldirektion.